

Trumps großer Balkan-Bluff

Serbien und Kosovo unterzeichnen zur Lösung ihres Konfliktes einen „historischen Deal“. Was steckt dahinter? | Von Keno Verseck

Es ist eine seltsame diplomatische Zeremonie, die an jenem Tag im Weißen Haus in Washington stattfindet. US-Präsident Donald Trump spricht von einem „wahrhaft historischen Tag“, er lobt sich, seine Cleverness, seine Weitsicht. Rechts von ihm sitzt Serbiens Staatspräsident Aleksandar Vučić, links der kosovarische Premier Avdullah Hoti. Die beiden wirken nicht sehr glücklich.

Als Trump erwähnt, dass Serbien seine Botschaft in Israel nach Jerusalem verlegen wird, blättert Vučić verwirrt in seinen Papieren und blickt hilflos nach Seite. Minuten später huldigt er dem US-Präsidenten in einer Ansprache, wie man sie auf einem nordkoreanischen Parteikongress vermuten würde. Auch Hoti übt sich in einer Ergebnisschöpfung. Später twittert der US-Präsident: „Noch ein großer Tag für den Frieden in Nahost.“

Das Weiße Haus in Washington am 4. September 2020. Vučić und Hoti unterzeichnen Erklärungen, Trump zwei Dankeschreiben. Der US-Präsident reklamiert für sich, an diesem Tag den entscheidenden Schritt zur Lösung des jahrzehntelangen Kosovo-Konfliktes unternommen zu haben. Es geht um die ökonomische Annäherung der beiden Länder. Die werde im Laufe der Zeit unvermeidlich in eine politische Normalisierung münden, behaupten Trump und seine Berater. Doch nicht nur das: Der US-Präsident hat den Kosovo-Konflikt auch mit einer neuen Initiative im Nahost-Konflikt verknüpft. Er sieht sich deshalb als erfolgreicher Friedensstifter.

Beobachter und Experten reagierten gemischt auf den „Trump-Deal“, manche kopfschüttelnd, andere besorgt. Als histo-



Wie bin ich nur hierher geraten? Aleksandar Vučić am 4. September im Weißen Haus

risch bezeichnet ihn niemand. In der Europäischen Union ist man ungehalten über die Einmischung in die eigene Kosovo-Politik und entsetzt über die Torpedierung der europäischen Israel-Politik. Andere traditionelle außenpolitische Verbündete Serbiens und Kosovos melden ebenfalls Vorbehalte an. Innenpolitisch geraten Vučić und Hoti jeweils in erhebliche Erklärungsnot.

Was hat es auf sich mit diesem „Deal“? Zunächst einmal geht es nicht um ein Abkommen oder einen gegenseitigen Vertrag – Serbien und Kosovo haben kein gemeinsames Dokument miteinander ausgetauscht. Unterzeichnet hat jede Seite vielmehr ein Papier mit jeweils nicht völlig identischem Text, der gemeinsame Titel darüber lautet „Ökonomische Normalisierung“. Es sind überwiegend unverbindliche Absichtserklärungen der beiden Länder.

Serbien und Kosovo erklären sich bereit, gemeinsame Infrastrukturprojekte, darunter eine Autobahn und Eisenbahnstreck-

cken, auszubauen, ihre Energieversorgung zu diversifizieren und den Grenzverkehr zu erleichtern. Kosovo soll der „Mini-Schengen-Zone“ beitreten, die Serbien, Albanien und Nord-Mazedonien im Herbst 2019 vereinbart haben.

Daneben sind eine Reihe nicht-ökonomischer Punkte aufgelistet: Serbien setzt seine diplomatische Kampagne zur Rücknahme der Anerkennung Kosovos ein Jahr lang aus, Kosovo verzichtet auf Mitgliedsanträge in internationalen Organisationen. Die beiden Länder erklären, in ihren Kommunikationsnetzwerken keine 5G-Technologie von „nicht vertrauenswürdigen Anbietern“ zuzulassen und Diplome gegenseitig anzuerkennen. Sie versprechen, weltweit gegen die Diskriminierung von Homosexualität aufzutreten.

Dann sind da noch die separaten Nahost-Bezüge für beide Länder: Kosovo und Israel vereinbaren eine gegenseitige Anerkennung, Serbien wiederum verpflichtet sich, seine Botschaft in Israel bis Juli 2021 nach Jerusalem zu verlegen.

Einige Punkte wie der Autobahnbau oder die Anerkennung von Diplomaten sind schon vor Jahren mit der EU vereinbart, allerdings nicht umgesetzt worden. Anderes hat, leicht erkennbar, nichts mit dem Kosovo-Konflikt zu tun, sondern dient Trumps eigenen politischen Interessen und seinem Wahlkampf – etwa das Verbot chinesischer 5G-Technologie oder seine Unterstützung für die Politik des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu. Insgesamt lesen sich die Papiere als bizarres diplomatisches Amalgam.

Trump hat sich schon vor Jahren in den Kopf gesetzt, in der Westbalkan-Region als Friedensstifter in die Geschichte einzugehen. In der Realität führt seine Politik jedoch in einigen Westbalkan-Ländern immer wieder zu teils schweren diplomatischen Verwicklungen und innenpolitischen Verwerfungen. Nebenbei demütigt Trump die Europäische Union, deren Westbalkan-Politik in einer tiefen Krise steckt, die aber immerhin mit mehr Vorsicht agiert.

So etwa tüftelte Trumps Ex-Sicherheitsberater John Bolton das kontroverse Gebietstausch-Szenario zwischen Serbien und Kosovo aus. Richard Grenell, seit knapp einem Jahr Trumps Sondergesandter für Serbien und Kosovo, agiert in der Region in Wildwest-Manier. Mit einer Intrige stürz-

te er in diesem Frühjahr die kosovarische Regierung von Albin Kurti, die erste echte Reformregierung des Landes. Insgesamt ist Trump bestrebt, in der Region intransparente, über die Köpfe der Öffentlichkeit hinweg abgeschlossene „Deals“ umzusetzen. Autokraten wie Vučić oder den kosovarischen Politclans kommt das gelegen.

Fraglich ist nun, ob Serbien und Kosovo die Kosten-Nutzen-Rechnung des jüngsten Deals für sich selbst richtig kalkuliert haben. Einerseits werden sie durch den prominenten Empfang im Weißen Haus aufgewertet, wichtig vor allem für Kosovo. Andererseits: Ein größerer US-Investitions-schub in beiden Ländern ist kurzfristig nicht zu erwarten.

Am problematischsten scheint die Einbindung beider Länder in Trumps Nahost-Politik: Für Kosovo könnte die Anerkennung Israels bedeuten, dass es die Unterstützung zahlreicher arabischer Staaten verliert. Serbien wiederum hat mit der geplanten Verlegung seiner israelischen Botschaft nach Jerusalem wichtigen Partnern im Nahen Osten und nebenbei auch Russland vor den Kopf gestoßen, zudem setzt es seine EU-Integration aufs Spiel. Deshalb heißt es aus Belgrad derzeit bereits relativierend, die Botschaftsfrage sei nicht abschließend entschieden.

Lukrativ könnte Trumps Deal am Ende allerdings für die „Dealmaker“ selbst sein – nämlich wenn bei großen Infrastrukturprojekten auch für sie persönlich etwas abfällt. Es wäre nicht das erste Mal: Der US-Konzern Bechtel – ENKA baute in Kosovo, einem der ärmsten europäischen Länder, eine der teuersten Autobahnen der Welt. Mitverdiener waren auch ehemalige US-Diplomaten.



KENO VERSECK ist Journalist und Autor zu Politik- und Wirtschaftsthemen aus Osteuropa.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Abstiegskampf

Die Bundesliga-Saison beginnt am kommenden Wochenende vor weitestgehend leeren Tribünen, was ein Zeichen ist: Die Beziehungen zwischen Politik und Sport, wer wen hofiert, wer um wessen Gunst buhlt, haben sich in ihr Gegenteil verkehrt. Selbst das schöne Abschneiden des deutschen Fußballs in Europa hat daran nichts geändert. Bis zum März, in den Vor-Corona-Zeiten, war der Sport in der Position der Stärke. Nicht der ganze Sport, versteht sich. Boxen ist gesellschaftlich ins Abseits geraten. Autorensport scheidet aus – von wegen CO₂. Weil die Akteure der Politik volksnah erscheinen wollen, galt bei ihnen „Männerfußball first“. Ihm wurden die Türen eingerannt. Mit Helmut Kohl begannen die Heimsuchungen von Bundeskanzlerinnen in Umkleidekabinen der Nationalmannschaft. Gerhard Schröder inszenierte seine sportliche Vergangenheit als Mittelstürmer (Kampfname: Acker). Angela Merkel jubelte wie keiner sonst auf der Ehrentribüne. Serienmeister Bayern München hat, wie es der Zufall so will, die meisten Polit-Fans. Doch auch die hielten sich sogar nach dem Gewinn in der Champions League mit Ergebnisschöpfung zurück. Außer natürlich die von der CSU und der bayerischen Staatsregierung. Vor erst aber gilt: Wehe dem Politiker, der sich einen Platz auf der Tribüne verschafft. Vor dem Virus sind alle gleich.

Sportfunktionäre waren einst bei Staatsbesuchen von Kanzlern dabei. Christian Seifert, der Geschäftsführer der Deutschen Fußball Liga GmbH, des Zusammenschlusses der Vereine der Bundesliga, gehörte bei China-Reisen Merkels Wirtschaftsdelegation an, um den deutschen Fußball mit Erfolg dort zu vermarkten. Paul Schockemöhle, erfolgreicher Springreiter und später Besitzer eines Gestüts, war mit Schröder in Arabien unterwegs – Scheichs mögen Rassepferde. Bei Reisen mit Kanzlern ließ sich auch viel lernen. Zum Beispiel, wie Politik funktioniert.

In Corona-Zeiten aber hat die Bundesliga zu betteln. Schalke 04 etwa um eine staatliche Bürgerschaft. DFB-Funktionäre, die früher mit der ersten Reihe der Politik zu tun hatten, haben nun selbst den Gesundheitsministern nachzulaufen. Doch haben sie von der Politik gelernt: Sie knüpften einen Flickenteppich. In Berlin und auch anderswo sollen Fußballfans – in begrenzter Zahl – in die Stadien gelassen werden. Erst einmal aber fehlen die Zuschauermassen. Die aber sind es, die Merkel und Co. dazu bringen, ebenfalls dabei sein zu wollen.

Brandherde und einsame Wölfe

Der IS ist geschwächt, versteht es aber noch immer, lokale Konflikte für sich zu nutzen. Eine Bestandsaufnahme | Von Peter R. Neumann

Mit dem Sieg über das vermeintliche Kalifat in Syrien und dem Irak ist das Thema Islamischer Staat (IS) fast völlig aus den Schlagzeilen verschwunden. Doch der IS existiert weiter, und obwohl geschwächt, versucht er in Afrika und Afghanistan ein „Comeback“. Wo kämpfen die Dschihadisten aktuell, wie stehen ihre Chancen, und was ist die Bedrohungslage in Europa?

Die guten Nachrichten zuerst: Das Kalifat des IS in Syrien und dem Irak, das sich Anfang 2015 über ein Territorium von der Größe Großbritanniens erstreckte und fast zehn Millionen Menschen kontrollierte, existiert nicht mehr. Zwar gibt es noch vereinzelt Dörfer mit starker IS-Präsenz, und viele Kämpfer agieren aus dem Untergrund, doch der „Mythos Kalifat“ – die Idee eines brutalen, unaufhaltbaren dschihadistischen Weltreichs – ist Vergangenheit. Trotz massiver politischer Probleme im Irak und dem nicht enden wollenden syrischen Bürgerkrieg rechnet aktuell niemand damit, dass der IS in seinem einstigen Kernland wieder so stark wird wie er es vor fünf Jahren war.

Das erklärt auch, weshalb die dschihadistische Bedrohung in Europa zurückgegangen ist. Für viele der europäischen Attentäter war das Kalifat nicht nur Inspiration, sondern Operationsbasis und Ausbildungslager. Selbst bei Einzelgängern, wie zum Beispiel im Sommer 2016 in Würzburg, kamen die Anweisungen per Handy aus dem syrischen Rakka. Ohne diese Infrastruktur bleiben dem IS nur „einsame Wölfe“, die keine Verbindung zur Organi-

sation haben, häufig psychisch labil sind und ihre Anschläge mit primitiven Mitteln durchführen. Eine dschihadistische Bedrohung gibt es nach wie vor, aber die Terrorwelle von 2015-2017 – mit Hunderten von Toten und dramatischen, oftmals von langer Hand geplanten Anschlägen in großen europäischen Städten wie Paris, Brüssel, Berlin, Nizza, Manchester, Stockholm und Barcelona – ist vorüber.

Zum Feiern ist es dennoch zu früh, denn der IS hat mittlerweile neue Schlachtfelder für sich entdeckt. Sein Schwerpunkt hat sich vom Zentrum – das heißt dem Nahen Osten und Europa – in die Peripherie verlagert, besonders nach Afrika und Afghanistan. Die Strategie ist dieselbe, mit der er in Syrien und dem Irak Erfolg hatte: Der IS taucht dort auf, wo es chaotische Bürgerkriege und religiöse Spannungen gibt, Regierungen die Kontrolle verloren haben und sich der IS als (brutale) Ordnungsmacht positionieren kann. Eine wichtige Rolle spielen dabei vermehrt die Auslandskämpfer, die in Syrien und dem Irak gekämpft haben, nach Zusammenbruch des Kalifats in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind und jetzt ihre Kampferfahrung an die eigene Bevölkerung weitergeben.

In Afghanistan zum Beispiel tat sich der IS immer schwer damit, Fuß zu fassen. Das lag zum einen daran, dass er mit den Taliban einen mächtigen Konkurrenten im islamistischen Lager hatte. Andererseits sorgten die Amerikaner dafür, dass jedes Aufkeimen der Gruppe bereits im Ansatz militärisch erstickt wurde. Mit den derzeitigen Friedensverhandlungen hat sich die Lage dramatisch verändert. Junge, häufig ultraradikale Kommandanten der Taliban wollen von Frieden nichts wissen, die Zentralregierung ist schwach, und Trumps Regierung hat bereits mit dem Rückzug amerikanischer Truppen begonnen. Wie zu Beginn des syrischen Konflikts konzentriert sich der IS darauf, Anhänger aus Gefängnissen zu befreien – über 600 allein bei einer Kommandoaktion Anfang August. Wie stark die Gruppe werden kann, lässt sich schwer sagen. Doch besteht kein Zweifel, dass sie versucht, vom aktuellen politischen und militärischen Vakuum zu profitieren.

Ein weiterer Brandherd ist die mehrheitlich muslimische Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks, wo seit 2017 ein Aufstand wütet. Anfangs sporadisch und nahezu unbemerkt, hat sich der Konflikt in kurzer Zeit zu einem der größten in Afrika entwickelt – nicht zuletzt, weil er sich in Nähe der größten Erdgasvorkommen des Kontinents abspielt. Wie in Syrien in-

filtrieren dort IS-Kämpfer zum Teil über Monate Dörfer und kleinere Städte, bauen sich geduldige eine Basis auf, identifizieren Unterstützer und Gegner, und geben sich dann – scheinbar überraschend – als neue Machthaber zu erkennen. Erst letzten Monat eroberte die Gruppe auf diese Weise einen der wichtigsten Häfen der Provinz. Die Regierung in Maputo hat das Problem erkannt, agiert aber hilflos. Auch verschiedene Söldnerfirmen, darunter die russische Gruppe Wagner, konnten den IS nicht stoppen.

Die Lage in Westafrika ist ähnlich. Dort hatte sich die nigerianische Gruppe Boko Haram bereits 2015 dem Kalifat angeschlossen und nennt sich seitdem „IS-Westafrika-Provinz“. Der nigerianischen Regierung gelang es in den Jahren 2015 und 2016, die Gruppe aus ihrem Stammesland, dem Nordosten Nigerias, zu vertreiben. Doch seitdem haben sich die Kämpfer in Nachbarländern ausgebreitet und sind mittlerweile in der gesamten Region aktiv: vom Tschad über Niger bis hin zu Kamerun, Burkina Faso und Mali, wo sich die Gruppe mit IS-Kämpfern aus der Sahel-Region verbündet hat. In all diesen Ländern existiert ein idealer „Nährboden“ für den IS. Auch wenn sich die Gruppe seit Monaten in Konflikten mit anderen dschihadistischen Gruppen aufzehrt, haben es die Regierungen in der Region bislang nicht geschafft, ihre Ausbreitung einzudämmen.

Positiv an diesen Entwicklungen ist einzig, dass das Phänomen IS diffuser geworden ist und der IS nirgendwo die Chance



PROF. DR. PETER R. NEUMANN ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London und war von 2008-2018 Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR).

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter